

#

Protokoll des Treffens der AG NPuG am 29.5.2017, 18 Uhr, im "Il Caminetto"

Anwesende: Martin, Volker, Wolfgang, Wolfgang R., Ekkehard (Protokoll)

Entschuldigt: Sibylle

TOP 1 Bargeldabschaffung?

Carlo referiert über Bestrebungen zur Abschaffung des Bargelds bzw. zur Begrenzung von Handelsgeschäften mit Bargeld (Bargeldobergrenze) sowie über die damit zusammen-hängenden Gefahren für die BürgerInnen.

Angebliche Vorteile der Abschaffung/Begrenzung des Bargelds (bzw. -Gebrauchs):
Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terrorismus, Geldwäsche und Korruption

Die Gefahren:

Mögliche Überwachung/Ausspähung von Kaufverhalten/Geschäftstätigkeit u.a. der BürgerInnen, totale Abhängigkeit von den Banken (im Krisenfall, bei Negativzinsen)

Carlo's ausgiebige Quellensammlung/Links dazu siehe am Ende des Protokolls.

TOP 2 Digitalisierung, Arbeitswelt 4.0 (4. industrielle Revolution)

Der verstärkte, immer kostengünstigere Einsatz von Computern/Robotern lässt vielfältige Auswirkungen auf die Arbeitswelt und die Bedingungen am Arbeitsplatz erwarten. Vor allem aber ist der Wegfall von vielen Arbeitsplätzen, nicht nur im Bereich niedriger Qualifikation, zu befürchten, und eine steigende Arbeitslosigkeit, da die Entstehung neuer Arbeitsplätze in ähnlichem Umfang nicht zu erwarten ist. Während sich die Gewerkschaften bereits um die zu erwartenden Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen kümmern, d.h. um die Probleme derjenigen, die noch Arbeit haben werden, wird die Gesamtproblematik (von der Politik) bisher noch nicht angemessen angegangen.

Zum Thema sehr zu empfehlen zum Nachhören auf Phoenix (s. 'Zum Livestream') bzw. hier:

http://www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/diskussionen/michael_hirz_im_gespraech_mit_richard_david_precht/2445761?datum=2017-05-19

Michael Hirz im Gespräch mit Richard David Precht

Im Dialog - Fr. 19.05.17, 22.30 - 23.00 Uhr; Wdh. Sa. 20.05.17, 00.00 Uhr & So. 21.05.17, 11.30 Uhr

Michael Hirz im Gespräch mit Richard David Precht

- **Zum Livestream**

#

Deutschland stehe durch die digitale Revolution ein massiver Arbeitsplatzverlust bevor, die Automobilindustrie werde "auf ein Minimum zusammenschrumpfen", prognostiziert der Philosoph Richard David Precht. Darauf habe die Politik keine Antwort: "Ich erlebe, dass die Parteien keine Szenarien dafür entwerfen und dass sie es schon aus dem Grunde nicht zum Wahlkampfthema machen, weil sie Angst haben, den Leuten Angst zu machen", so Precht.

Als Mittel zum Umgang mit den zu erwartenden Umbrüchen werden hier ein (bedingungs-loses) Grundeinkommen und eine Finanztransaktionssteuer (!) in erstaunlicher Dimension-ierung ins Spiel gebracht.

TOP 3 "Demokratie-Wanderung"

Martin stellt vor:

Einladung zum Demokratiewandern

an alle an der Entwicklung der Demokratie Interessierten,

am Sonntag 18.6.2017 ab Gernsbach (Murgtal), Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Gernsbach

Für diese Wanderung stehen 5 Strecken zur Auswahl, von denen wir uns durch Konsens-findung unter allen Teilnehmern auf eine Strecke einigen. Während der Wanderung werden die Veranstalter alternative Demokratie- und Abstimmungsverfahren zum Teil an praktischen Beispielen erläutern.

Die Wandertouren sind als mittelschwere Touren von 15-20 km Länge mit Steigungen geplant. Während der Tour wird es auf allen Strecken Möglichkeiten zum Einkehren geben, aber auch zum Verzehr von mitgebrachtem Vesper.

Die Wanderung ist eine Gemeinschaftsveranstaltung von:

- Mehr Demokratie e.V. Mittelbaden/Karlsruhe
- Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) Karlsruhe
- AG Neoliberale Politik und Gemeinwohl von Attac Karlsruhe

Mehr Infos und unverb. Anmeldung: Martin Baumgärtel, Tel.: 0163 7631058

TOP 4 Termine

Nächstes NPuG-Treffen: Mo 26. Juni, 18 Uhr, im "Il Caminetto"

Sa. 3. Juni, ab 11 Uhr: Protestaktion gegen den Nazi-Aufmarsch in Durlach:

So 18. Juni: "Demokratie-Wanderung" s. **TOP 3**

Mi 21. Juni, 19 Uhr, am KIT (Hörsaal steht noch nicht fest): Vortrag von Rainer Moormann über die Problematik der Thorium-Reaktoren

#

7./8. Juli in Hamburg: Aktionstag/Großdemonstration gegen G20-Treffen

5./6. Juli: Alternativgipfel

Sa 9. September: Dezentraler Aktionstag zu Freihandelsabkommen

Vorschau:

11. Oktober, 19 Uhr, im Weltladen: Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Fairen Woche zum Thema "Ethischer Welthandel" (veranstaltet durch GWÖ-Karlsruhe)

Carlo's Aufzeichnungen/Links zum Thema "Bargeldabschaffung?"

Meldung in der Presse am **29.5.2017**:

Italien schafft ein und zwei Cent-Stücke ab. Das hat allerdings angeblich nichts mit der Bargeldabschaffung zu tun. Der Grund ist angeblich, daß die Herstellungskosten der Münzen in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen stehen. Wenn man dem folgt, ist der Nutzen bei den großen Scheinen ja auch am größten – oder?

Wie war es früher in Italien – Telefonieren vor dem Handy ?

Italien ist ein Volk von Barzahlern, in Frankreich wird häufig mit supermarkeigenen Schecks bezahlt.

Finnland, Belgien, Niederlande und Irland runden inzwischen auf fünf Cent auf.

https://www.change.org/p/keine-bargeldobergrenze-bargeldk%C3%A4ufe-in-unbegrenzter-h%C3%B6he-beibehalten/u/20395631?utm_medium=email&utm_source=78353&utm_campaign=petition_update&sfmc_tk=c7rQ3I69vC%2bIvsBLUPMebJRTiCTPkPRtvxQ0tSVvP%2bgB8%2bM%2fz%2b9WhjKnmPFMYG5M

Neuigkeit zur Petition

++ Mittwoch, 31. Mai 2017 ++ Letzter Abgabetermin! KEINE #BARGELDOBERGRENZE

Peter Kindel, Hamburg, Deutschland

28. Mai 2017 — Seit Anfang April läuft eine Umfrage (neudeutsch: Survey) der EU-Kommission über die von ihr beabsichtigte Einführung einer Bargeldverkehrsbeschränkung (Bargeldobergrenze).

Wer die Umfrage noch nicht ausgefüllt und auf den Weg gebracht hat, für den ist es jetzt höchste Eisenbahn! Die Umfrage muss bis spätestens Mittwoch, 31. Mai 2017, abgeschickt worden sein!

Es ist äußerst wichtig, sich an der Umfrage zu beteiligen!

A c h t u n g :

Es handelt sich *nicht* um eine faire Befragung, sondern um eine pseudo-demokratische

#

Aktion mit offensichtlich tendenziös vorgegebenen Antworten! Das zeigt auch die Tatsache, dass eine Frage der Umfrage zwischenzeitlich einfach von der EU-Kommission einfach entfernt worden ist. An diesem Verhalten ist leicht einschätzbar, welchen "wissenschaftlichen" Wert diese Umfrage hat.

Entsprechend sind auch verschiedene Fragen formuliert und deren Antwortmöglichkeiten eingeschränkt worden.

+++ Daher ist äußerste Vorsicht beim Ausfüllen des Surveys geboten! +++

Die Umfrage der EU-Kommission kann hier heruntergeladen werden:

<https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/CashPayments?surveylanguage=DE>

Es wird empfohlen, den Fragebogen - wie im folgenden oder in der PDF-Datei

(<https://goo.gl/emXPQO>) beschrieben - auszufüllen.

W I C H T I G :

Fügen Sie *unbedingt* ein Positionspapier dem Fragebogen bei.

Dazu hier ein Vorschlag: (Kurzlink) <https://goo.gl/MyZmlf> (PDF-Datei, Größe: 170 kb)

Alternativ steht Ihnen auch eine editierbare Version im Word 97-2003-Format unter diesem (Kurz-)Link zur Verfügung: <https://goo.gl/xD1OFF>

Bittet denken Sie daran, das Dokument abschließend ins PDF-Format zu konvertieren!

In Deutschland wurde von den Medien so gut wie gar nicht über die Umfrageaktion der EU-Kommission berichtet. Deshalb ist es wichtig und hilfreich, wenn Sie, liebe Mitunterzeichner, diesen Link, der auf diese Seite führt, mit anderen teilen und weiterverbreiten:

<https://www.change.org/p/keine-bargeldobergrenze-bargeldk%C3%A4ufe-in-unbegrenzter-h%C3%B6he-beibehalten/u/20395631> (Kurzlink: <https://goo.gl/6dPrPV>)

(<https://rettet-unser-bargeld.de>)

http://www.achgut.com/artikel/bargeld-abschaffung_eu-befragung_mit_eingebauter_antwort

Peter Grimm / 12.04.2017 / 06:28 / Foto: NHCC / 21 / Seite ausdrucken

Bargeld-Abschaffung: EU-Befragung mit eingebauter Antwort

Die EU-Kommission möchte gern wissen, was Sie von einem der Projekte der Brüsseler Kommissare halten. Jetzt werden Sie bitte nicht übermütig und hoffen, Ihnen würde irgendeine Form der Mitbestimmung angeboten. Aber immerhin einen Fragebogen dürfen die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten noch bis zum 31. Mai 2017 ausfüllen, damit die Brüsseler Obrigkeit erfährt, was die Bürger so denken.

<http://norberthaering.de/de/bargeld-widerstand>

Wie Indien zum Versuchskaninchen von Bill Gates wurde – eine Verschwörung beschrieben von den Hauptakteuren

#

Norbert Haering - norberthaering.de

Auf einer Tagung des US-Finanzministeriums zu „Finanziellen Inklusion“ Ende 2015 hat Bill Gates verkündet, dass seine Stiftung bis Ende 2018 den Zahlungsverkehr in Indien, Pakistan und Nigeria komplett auf bargeldlos umgestellt haben will, und dass er daran gemeinsam mit der indischen Zentralbank bereits seit etwa 2012 arbeitet. Dabei geht es laut einer Executive Order des US-Präsidenten von 2012 um vitale Sicherheitsinteressen der USA.

Der CEO von Paypal definierte Finanzielle Inklusion als ein Buzzwort das bedeutet, die Leute in

das System zu bringen. Im System können sie dann, wie Bill Gates es ausdrückte

„beobachtet und bedient“ werden, und zwar nicht nur von den privaten Unternehmen und den

nationalen Regierungen, sondern auch von den US-Diensten, die tunlichst verhindern sollten, dass Finanzströme auf ein digitales System gehen, mit dem die USA nicht verbunden sind, weil

es dann nämlich viel schwieriger würde, die Transaktionen zu verfolgen, die man kennen oder

blockieren will.....

Zu dieser Zeit begann die Gates Stiftung nach den Worten von Bill Gates auch, eng mit der indischen Zentralbank zusammenzuarbeiten, mit dem Ziel, den indischen Zahlungsverkehr bis

Ende 2018 komplett auf bargeldlos umzustellen.....

Am 8. November verkündete Narendra Modi völlig überraschend, dass mit sofortiger Wirkung die beiden größten Geldscheine, und damit über 80 Prozent des umlaufenden Bargelds ungültig

würden und binnen kurzer Zeit gegen Bankguthaben eingetauscht werden mussten.....

Vor wenigen Tagen hat Entwicklungshilfeminister Gerd Müller auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Feb. 2017 (!) mit Bill Gates ein Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit mit der Bill & Melinda Gates Stiftung unterzeichnet.....

Müller versprach auch, dass Finanzielle Inklusion bei den anstehenden G20-Treffen in Deutschland im Sommer ein zentrales Thema sein werde.....

<https://www.change.org/p/keine-bargeldobergrenze-.....>

3. Mai 2017 — Heute informieren wir über die Antworten von Abgeordneten auf unseren offenen Brief über das Bargeld.

Unseren offenen Brief hatten wir zuvor schon vorgestellt.

Hier Details dazu:

Verhindern Sie die Bargeldabschaffung!

Was droht uns bei einer Bargeldabschaffung?

Wir werden zu Geiseln der Banken. Alle unsere Ein- und Verkäufe werden gespeichert.

Unsere Freiheit wird weiter eingeschränkt. So kann der Kauf von bestimmten Gütern

reglementiert oder es können individuelle Preise festgelegt werden. Die drohende Bargeldabschaffung hat einen ernsten Hintergrund: Stabil ist unser Geld schon lange nicht mehr.

Wehren Sie sich und zeichnen Sie unsere Petition „Rettet unser Bargeld“.

#

Mit Ihrer Unterschrift zur Unterstützung der Petition werden wir uns an die Mitglieder des Deutschen Bundestages wenden!

Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Referat für Bürgerangelegenheiten im Bundesfinanzministerium:

schreibt u. a.: "Es ist weder eine Abschaffung des Bargelds noch eine Begrenzung der Bargeldmenge, über die man verfügen kann, geplant."

Aber es wird darauf verwiesen, dass es sich hinsichtlich einer Bargeldobergrenze zu einer EU-einheitlichen Regelung kommen wird, was von der EU-Kommission derzeit aber noch geprüft würde. Hier sei man in internationale Pflicht.

Landtag Niedersachsen:

Der Präsident des Landtags behandelt unseren Brief offiziell als Eingabe, mit dem sich der Ausschuss für Haushalt und Finanzen befassen wird.

AfD, Anzahl Antworten: 6

Einstimmige Zustimmung bei:

Fraktion im Landtag Brandenburg,

Beatrix von Storch, MdEP,

Christian Buchholz, MdA, Abgeordnetenhaus Berlin,

Carola Wolle, MdL, Landtag Baden-Württemberg,

Daniel Rausch, MdL, Landtag Sachsen-Anhalt

Marc Vallendar, MdA, Abgeordnetenhaus Berlin, mit Verweis auf das AfD-

Grundsatzprogramm, Kapitel 11 Finanzen und Steuer: "11.10 Bargeldnutzung muss uneingeschränkt erhalten bleiben"

Bündnis 90/Die Grünen, Anzahl Antworten: 8

Dr. Thomas Gambke, MdB

kündigt zentrale Antwort der Bundestagsfraktion an

Özcan Mutlu, MdB, für die Bundestagsfraktion:

Bürgerrechte sollen nicht für vermeintliche Erfolge bei Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismus und organisierter Kriminalität geopfert werden. Es wird aber Handlungsbedarf wegen Unvereinbarkeiten gesehen bei Bargeldzahlungen "zwischen verschiedenen Branchen und Unternehmenstypen, deren Beseitigung sich als erfolgsversprechend darstellt."

Eine Bargeldobergrenze wird aber nicht für notwendig gehalten; es wird aber nicht ausgeschlossen, dass eine (einheitliche) Bargeldobergrenze EU-weit eingeführt wird.

Thomas Gehring, MdL, Bayerischer Landtag:

Schreibt u. a.: "So eine „schleichende Abschaffung des Bargelds“ werden wir Grünen ablehnen."

Christine Kamm, MdL, Bayerischer Landtag:

Hat sich offenbar mit der Thematik leider kaum befasst; sie antwortete in einem einzigen Satz: "Auch ich will das Bargeld nicht abschaffen, wohl aber illegale Geschäfte. Wie häufig haben Sie Transaktionen mit mehr als 5000 Euro in bar?"

#

CDU/CSU, Anzahl Antworten: 21

Marie-Luise Dött, MdB:

Stimmt uns voll zu - soweit es den Erhalt des Bargelds anbetrifft.

Aber zur Bargeldobergrenze verliert sie kein Wort.

Markus Ferber, MdEP, (auch im Namen der CSU Schwaben):

Spricht sich gegen die Bargeldabschaffung aus und dafür, dass alle Bezahlmethoden in bar, mit Karte oder neue Zahlungsmethoden, wie mit dem Handy so einfach wie möglich und damit verbraucherfreundlich sein müssen.. Von den Überlegungen der EU-Finanzminister, die organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung durch eine Bargeldobergrenze zu erschweren, hält er persönlich jedoch rein gar nichts.

Prof. Dr. jur. Heribert Hirte, MdB:

In einem ausführlichen Schreiben teilt er grundsätzlich unsere Kritik, dass die Beschränkung des Bargeldverkehrs nicht zu einer wesentlichen Verbesserung im Bereich Schwarzarbeit und Geldwäsche in Deutschland führen würde und außerdem ein deutlicher, zu rechtfertigender Grundrechtseingriff wäre.....

DIE LINKE, Anzahl Antworten: 8

Ralph Lenkert, MdB:

Schreibt in einer ausführlichen e-Mail: Die Linke-Fraktion im Bundestag lehnt jede Einschränkung der Bargeldnutzung ab.

Matthias W. Birkwald, MdB:

antwortet ebenfalls in einer ausführlichen e-Mail: "Mit Ihren Argumenten laufen Sie bei der LINKEN offene Türen ein"

Gysi Gregor, MdB:

antwortet genau auf den Punkt: "Die Einführung einer Bargeldverkehrsbeschränkung stört mich ebenso. Ich glaube, dahinter steckt das Ziel, alles kontrollieren zu können. Wir müssen uns tatsächlich dagegen wehren."

Jan Korte, MdB:

"Seien Sie versichert, dass ich mich deshalb im Bundestag gegen die Einführung einer Bargeldobergrenze und die schleichende Einschränkung des Bargeldverkehrs einsetzen werde."

Dr. Diether Dehm, MdB:

schreibt u. a. "Es gibt berechnete Argumente, für und gegen eine Bargeldobergrenze." und "Die Fraktion DIE LINKE hat sich bereits im Februar 2016 deutlich gegen die Einführung einer Bargeldobergrenze ausgesprochen und steht auch heute zu diesem Beschluss."

SPD, Anzahl Antworten: 7

Ulrich Kelber, MdB:

#

Er hält überhaupt nichts von der Idee, das Bargeld abzuschaffen. Anonym bezahlen zu können, ist Ausdruck des Grundrechts auf Privatheit und informationelle Selbstbestimmung. Ob Obergrenzen für Barzahlungen und die Abschaffung der 500-€-Scheine beim Kampf gegen organisierte Kriminalität tatsächlich helfen, müsse gründlicher untersucht werden.

Arno Gottschalk, MdBB, Bremische Bürgerschaft:

Schreibt, er stimme mit uns ein, "auch künftig anonyme Bezahlung von Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen", meint, die Pläne der Bundesregierung seien keine Bedrohung und verweist auf eine Koalition aus IT-Industrie, Geldinstituten, Handel und Gaststättengewerbe.

Weiter heißt es: "Sie arbeiten deshalb meines Erachtens an der völlig falschen Ecke. Ich würde mich freuen, wenn das Ihre kleine Gruppe einsehen und sich dann mit dafür stark machen würde, dass es auch in der digitalen Gesellschaft anonyme Bezahlssysteme geben wird."

[Anmerkung - F A Z I T :

Arno Gottschalk stimmt überhaupt nicht mit uns überein und hält die fast 85.000 Unterstützer unserer beiden OnlinePetitionen für unbedeutend.]

Martin Haller, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer, Landtag Rheinland-Pfalz:

Im Namen der SPD-Fraktion spricht er sich für den Erhalt des Bargelds, aber auch für die Einführung einer EU-weit gleich hohen Bargeldobergrenze aus.

André Stinka, MdL (SPD-Generalsekretär NRW), Landtag Nordrhein-Westfalen:

Die SPD hat weder auf Landes- noch auf Bundesebene die Absicht, das Bargeld – auch nicht "schleichend" - abzuschaffen. Er weist auf verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine vollständige Abschaffung des Bargelds hin.

Für die Einführung einer Bargeldobergrenze gibt es aus Sicht der NRW-SPD durchaus einige Argumente. Dabei beruft er sich auf das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene [Anmerkung: längst widerlegtem] Gutachten des Prof. Dr. Bußmann, nach mit Bargeldobergrenzen Geldwäsche aktiv und wirksam bekämpft werden könne.

Ferner verweist er detailliert auf bereits bestehende Bargeldobergrenzen in anderen EU-Staaten.

http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/bargeld-abschaffung-bar-jeder-vernunft/v_detail_tab_print/19314618.html

Bar jeder Vernunft

von: [Niklas Hoyer](#) Datum: 28.01.2017 14:51 Uhr

Nicht nur Verschwörungstheoretiker befürchten, dass das Bargeld in Europa abgeschafft werden könnte. Mögliche Verbote gibt es zuhauf. Doch es gibt auch gute Nachrichten für die Anhänger von Scheinen und Münzen.

Düsseldorf Bargeld ist für viele freiheitsliebende Menschen nicht irgendein praktisches Zahlungsmittel (viel schneller an der Supermarktkasse!), sondern ein letzter Zufluchtsort –

#

abseits der Kontrolle durch Staat, Werbetreibende und andere Unternehmen. Umso mehr sorgen sie sich, wenn die Existenz des Bargelds infrage gestellt wird.

Bundesbank-Vorstand Carl-Ludwig Thiele zeigte im Wirtschafts-Woche-Club Verständnis für diese Sorge. Sie hat auch eine faktenbasierte Begründung. Schließlich fordern ernstzunehmende Ökonomen, wie der US-Starökonom Kenneth Rogoff, schon länger die Abschaffung des Bargelds: Nur so ließen sich die Zinsen weiter in den negativen Bereich drücken. Nur so könne den Bürgern das Horten von Bargeld unter der Matratze verwehrt werden. „Ferner hat die EZB beschlossen, dass ab 2018 der 500-Euro-Schein nicht mehr ausgegeben wird. Zudem hat das Bundesfinanzministerium ein Gutachten in Auftrag gegeben, das eine Obergrenze für Barzahlungen fordert“, sagte Thiele im Wirtschafts-Woche-Club.

<http://finanzmarktwelt.de/bargeldabschaffung-nur-eine-verschwörungstheorie-diese-iwf-denkschrift-beweist-das-gegenteil-57006/>

19. April 2017 11:05 Uhr

Bargeldabschaffung nur eine Verschwörungstheorie? Diese IWF-Denkschrift beweist das Gegenteil

FMW-Redaktion

Die vor Kurzem veröffentlichte Denkschrift (Working Paper) des IWF-Mitarbeiters Alexei Kireyev zeigt, wohin der Zug geht, nämlich in Richtung einer umfassenden Planung zur Bargeldabschaffung. Obwohl Kireyev genau darüber schreibt, betont der IWF, dass solche „Working Papers“ lediglich laufende Forschungstätigkeiten der Mitarbeiter widerspiegeln und zur Debatte anregen sollen. Auch weist der IWF darauf hin, dass diese Papiere nur die Meinungen der Autoren widerspiegeln, und nicht die der IWF-Direktoren. Immer wieder sind solche Aussagen erstaunlich, wo doch der Herr Kireyev für den IWF arbeitet, und die Entscheidungen der Direktoren letztlich immer auf dem beruhen, was deren Mitarbeiter ihnen vorlegen.

Viele Regierungen hätten schon Schritte hin zur Bargeldabschaffung unternommen, darunter neben der Abschaffung großer Noten auch die maximalen Summen bei Cash-Zahlungen sowie Gebühren bei Bar-Transaktionen. Auch wird in der Denkschrift angesprochen, dass wie so ziemlich alle Politiker und Notenbanker es behaupten, Bargeld Geldwäsche unterstütze. Größere Bargeldnoten würden es erleichtern große Geldsummen zu transportieren..... Dazu bringt er das Beispiel, dass 1 Million US-Dollar in bar in 100 Dollar-Noten 22 Pfund wiegen würden, aber die selbe Summe in 500 Euro-Noten nur noch 3 Pfund. Viele Länder wie Singapur, Kanada oder die EU hätten ihre größten Banknoten schon abgeschafft. In Schweden, so sein Hinweis, würden zu Ende 2017 alle alten Banknoten und Münzen außer der 10 Kronen-Münze ungültig werden – und nicht alle ungültigen Noten und Münzen

#

würden durch Neue ersetzt. In der EU diskutiere man derzeit die einheitliche Obergrenze für Barzahlungen von 5.000 Euro.

Ein weiteres Argument von Alexei Kireyev lautet, dass die Bargeldabschaffung die Transaktionskosten einer Volkswirtschaft derart drastisch absenke, dass diese Kosten von 2% bis 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt spare. Diese Zahl hat er von der Bundesbank. Auch weist er darauf hin, dass die Buchguthaben/convertible deposits (also dann nur noch Bankguthaben) ja nicht gestohlen werden könnten, abgesehen vom elektronischen Hacken von Bankkonten. In dieser Grafik sieht man die Vorteile der Bargeldabschaffung fast ausschließlich auf der Einnahmenseite, vor allem bei Steuern.

Fazit IWF (ähhh Alexei Kireyev):

Das „De-Cashing“ (Bargeldabschaffung) hinzu bargeldlosem Geld (transferrable deposits) stelle eine natürliche Entwicklung dar, die zu wirtschaftlichem Wachstum und mehr Flexibilität führe. Es gehe hierbei um ein Langzeitprojekt. Auch wenn einige Länder schon in wenigen Jahren weitestgehend bargeldlos sein würden (Schweden zum Beispiel?), solle die Bargeldabschaffung generell schrittweise vorgenommen werden, so Kireyev. Denn, so schreibt er auch, würde es zu sozialen Spannungen, Vertrauensverlust, Demonstrationen etc kommen, wenn die Regierungen ohne grundsätzliche Zustimmungen der Bürger Bargeld abschaffen würden. Daher könne so eine Abschaffung wie gesagt stufenweise durchgeführt werden, wie es jetzt bereits durch einige Länder gemacht werde, wie zum Beispiel die Abschaffung größerer Banknoten (in der Eurozone der 500er) oder die maximale Summe bei Bargeldzahlungen, wie sie an vielen Orten in Europa schon praktiziert wird.

Fazit FMW:

Den größten Vorteil beziehungsweise den größten Nutznießer einer möglichen Bargeldabschaffung hat Kireyev in seinem Text nicht erwähnt. Staat & Notenbank könnten erstens bei dauerhaften Negativzinsen sicher sein, dass die Sparer nicht massenhaft ihr Geld abheben um es unters Kopfkissen zu legen – denn wo kein Bargeld, da keine Möglichkeit es abzuheben. Und zweitens gäbe es ebenfalls keinen „bank run“ bei der Angst der Sparer vor einem Zusammenbruch des Finanzsystems oder einzelner Banken. Staat und Banken hätten die Gewissheit, dass die Einlagen der Bürger dauerhaft zur Deckung kaputter Bankbilanzen bereit stehen.

<http://norberthaering.de/de/27-german/news/822-schneider-mainau>

Friedrich Schneiders Vortrag auf einer Bundesbank-Konferenz zum "War on Cash"

05.05.2017 | 

Auf einer internationalen Bargeldkonferenz der Bundesbank mit dem bemerkenswerten Titel „War on Cash“ (Krieg gegen das Bargeld) hat der

#

Schattenwirtschaftsexperte Friedrich Schneider eine Studie vorgestellt, die zeigt: die Bekämpfung der Terrorfinanzierung taugt nicht zur Begründung für Maßnahmen gegen das Bargeld. Gegen Schattenwirtschaft; Korruption und Geldwäsche hilft es zwar etwas, aber die Auswirkungen auf die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger sind erheblich größer.

Die meisten deutschen Politiker leugnen, dass es dem Bargeld an den Kragen gehen soll, wenn sie genötigt werden Stellung zu beziehen, wissend, dass der kalte Krieg, der gegen das Bargeld geführt wird, in der Bevölkerung sehr unpopulär ist. Von einem Papier des Internationalen Währungsfonds, der genau dieses heuchlerische Vorgehen empfiehlt, um den Widerstand in der Bevölkerung nicht zu provozieren, hatte ich schon berichtet. Der Titel der Bundesbank-Konferenz auf der Insel Mainau von 20. Bis 23. April 2017 ist nicht die einzige ausdrücklich Einräumung, dass es dem Bargeld entgegen aller Versicherungen an den Kragen gehen soll. Auch der zuständige Bundesbank-Vorstand Alexander Dombret und andere Bundesbankvertreter nennen immer wieder den von der Finanzbranche ausgehenden Krieg gegen das Bargeld beim Namen. In Mainau sagte Dombret:

Der 'War on Cash' hat sich von einer rein akademischen Diskussion zu einem Thema der allgemeinen politischen Debatte entwickelt.

In der noch nicht veröffentlichten empirischen Studie „Restricting or Abolishing Cash: An Effective Instrument for Fighting the Shadow Economy, Crime and Terrorism?“ des Linzer Ökonomeprofessors Friedrich Schneider, einem der führenden Experten für Schattenwirtschaft, heißt es (von mir übersetzt) unter anderem:

- Für Terroranschläge ist nicht viel Geld nötig und Terroristen können auch sehr strenge Bargeldrestriktionen leicht umgehen.
- Schweden, wo kaum noch mit Bargeld bezahlt wird, hat immer noch eine beträchtliche **Schattenwirtschaft**.
- Eine völlige Abschaffung des Bargelds könnte die Schattenwirtschaft um 20% verkleinern.
- Der Einfluss auf die **Korruption** ist etwas größer, aber auch hier ist Bargeld kein entscheidender Faktor.
- Die Bedeutung von Bargeld für die **organisierte Kriminalität** nimmt ab.
- Restriktionen der Bargeldnutzung oder die völlige Bargeldabschaffung würden die **bürgerlichen Freiheiten** extrem beschränken.
- Die Abschaffung oder strikte Begrenzung von Bargeld bringt das Risiko mit sich, das **Vertrauen in den Staat** ernsthaft zu beschädigen und könnte deshalb als Instrument zur Ausweitung staatlicher Kontrolle kontraproduktiv sein.